

Ressort: Politik

Rechtspopulismus-Forscher nach Pegida-Vorfall in Dresden besorgt

Berlin, 23.08.2018, 12:37 Uhr

GDN - Rechtspopulismus-Forscher haben mit Sorge auf das Vorgehen der sächsischen Polizei gegen ZDF-Reporter am Rande einer Demonstration der AfD und der Pegida-Bewegung vor einer Woche in Dresden reagiert. Sie seien insbesondere wegen des Umstands besorgt, dass der Polizeieinsatz von einem Mitarbeiter des Landeskriminalamts Sachsen ausgelöst worden war, der an der Kundgebung teilgenommen hatte, berichtet das "Handelsblatt" (Freitagsausgabe).

"Dass es Verbindungen zwischen einzelnen Staatsbediensteten, auch Polizeibeamten, und rechtsradikalen Organisationen gibt, wird an diesem Fall nicht zum ersten Mal deutlich", sagte der Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena, Matthias Quent, der Zeitung. In Sachsen, aber auch in anderen Bundesländern, würden immer wieder einzelne Verbindungen von Staatsbediensteten zu rechtsradikalen und sogar neonazistischen Organisationen öffentlich. "Das ist auch nicht überraschend, denn ein Wesensmerkmal der radikalen Rechten ist der Hang zur Autorität, die zentral vom Staat ausgeht", so Quent. "Außerdem wissen wir, dass rechtsextreme Einstellungen in Teilen der Bevölkerung weit verbreitet sind: Vermutlich ist das unter Staatsbediensteten nicht anders." Ähnlich sieht es der Berliner Extremismus-Forscher Hajo Funke. "Dies ist kein Einzelfall mehr und zeigt, dass der Rechtsstaat in Sachsen immer wieder ins Schlingern gerät und aus der Kurve getragen wird", sagte er dem "Handelsblatt". Als Beispiel nannte Funke die Ereignisse in Heidenau im August 2015, wo es vor einer Flüchtlingsunterkunft zu schweren Ausschreitungen kam, die die Stadt nahe Dresden überregional in die Schlagzeilen brachten. Oder die Vorgänge in Clausnitz, wo am 18. Februar 2016 ein Mob von rund 100 Menschen einen Bus mit Flüchtlingen blockiert hatte. Durch diese Fälle und den aktuellen Fall sieht Funke das "gewaltenteilte demokratische System" herausgefordert. "Also Exekutive, Legislative und nicht zuletzt die Justiz, um die rechtsstaatlichen Garantien, wie die der Pressefreiheit, lückenlos durchzusetzen", sagte der Politik-Professor. "Dafür gilt es angesichts dieses Skandals in Sachsen bundesweit zu kämpfen." Auch Quent machte deutlich, dass rechtsradikale Tendenzen in staatlichen Institutionen eine Herausforderung für die Demokratie seien. "Ob Staatsbedienstete, die privat rassistischen Positionen und rechtsradikalen Organisationen nahestehen oder diese unterstützen in ihrem dienstlichen Alltag dem verfassungsmäßigen Antidiskriminierungsauftrag vorurteilsfrei nachkommen können, ist zweifelhaft", sagte der Wissenschaftler.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-110777/rechtspopulismus-forscher-nach-pegida-vorfall-in-dresden-besorgt.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com